

Gemeinde geht den umgekehrten Weg

Erst fachliche Überprüfung der Bauanträge für Schweinemastställe, dann Einvernehmen

Von Judith Popp

Hohenthann. Der Gemeinderat wird bis auf Weiteres einen anderen Weg bei der Behandlung von Bauanträgen für Schweinemastställen gehen. Liegt im Rathaus ein derartiger Antrag vor, werden zukünftig erst die Fachstellen befragt. Wenn deren Stellungnahmen den Gemeinderäten vorliegt, werden sie über das gemeindliche Einvernehmen beraten. Bürgermeister Peter Dreier (FW) hofft so, Konflikte schon im Vorfeld aus dem Weg räumen zu können.

Auslöser für Dreiers Vorschlag waren zwei Anträge auf Neu- beziehungsweise Umbau zum Schweinestall, die der Verwaltung vorliegen. Insgesamt sollen über 1600 neue Mastplätze entstehen. Aufgrund der „besonderen Situation in unserer Gemeinde“, erschien es dem Rathauschef nötig, nach neuen Lösungen zu suchen. Seinen Vorschlag präsentierte er am Mittwoch in der Gemeinderatssitzung.

Das gemeindliche Einvernehmen zu verweigern erschien ihm nicht als sinnvoll. Die Baugenehmigungsbe-

hörde am Landratsamt Landshut werde dieses einfach ersetzen. „Da passiert nix, außer, dass wir die Bürgerschaft spalten“, erklärte er. Darum habe die Verwaltung mit dem Landratsamt Kontakt aufgenommen. Aus Sicht des Baujuristen des Amtes spreche nichts dagegen, dass die zuständigen Fachbehörden die Bauvorhaben vorab prüfen. Die Stellungnahmen werden dem Gemeinderat dann vorgelegt, der über das gemeindliche Einvernehmen entscheidet.

Bevor das Rathaus die Anträge ans Landratsamt weiterreicht, werde er einen kurzen Blick auf die Pläne werfen, berichtete Peter Dreier den Kommunalpolitikern. Vielleicht kann er schon im Vorfeld etwaige Kritikpunkte abklären. „Brenzlige Situationen kann ich dann mit dem Antragsteller besprechen.“

Immer wieder auf dem Tisch

Grundsätzlich befürwortete das Gremium diesen Vorstoß. Allerdings gaben die Gemeinderäte auch zu bedenken, dass damit die Problematik nicht gelöst sei. „Die Anträge kom-

men immer wieder auf unseren Tisch“, meinte Christian Kögl (FW). „Es bleibt immer wieder an uns haften“, stimmte CSU-Fraktionssprecher Waldemar Steinbring zu. Dreier forderte die Gemeinderäte auf, die Bürger über die „Schweinestall-Thematik“ noch mehr zu informieren. Im persönlichen Gespräch würden sich viele einsichtig zeigen. „Wir wollen keine Fronten zwischen Bürger und Landwirten aufbauen“, betonte er.

Neue Bleibe für Schützen

Bevor dieser Punkt zur Sprache kam, hatten die Kommunalpolitiker die Bauanträge und Vorbescheide, die auf der Tagesordnung standen, einstimmig genehmigt. Der Schützenverein Schmatzhausen bekommt eine neue Bleibe. Das Gasthaus Pichlmeier darf den Gewölbekeller mit einer Schießanlage ausstatten, die die „Laabertaler Schützen“ nutzen werden.

Außerdem holten die Gemeinderäte einen förmlichen Beschluss nach: Das Kommunalunternehmen darf die Breitbandversorgung von

Oberergoldsbach übernehmen, was es de facto schon seit Oktober macht. Die Gemeinde ist in die Presse gesprungen, nachdem der Betreiber der Richtfunktechnik abgesprungen ist. Der Beschluss war nötig, um das Jahresergebnis des Kommunalunternehmens feststellen zu können. Peter Dreier teilte dem Gemeinderat außerdem mit, dass die Telekom die einzige öffentliche Telefonzelle an der Landshuter Straße abbauen wird. Diese werde einfach zu wenig genutzt.

Der Bürgermeister ärgerte sich über das neue bayerische Förderprogramm zum Breitbandausbau, das einen Zuschuss von bis zu 500 000 Euro verspricht. Das werde in den Medien groß propagiert. Erst im zweiten Satz werde allerdings erwähnt, dass dafür eine Mindestbandbreite von 50 MBit in Gewerbegebieten mit mindestens fünf Unternehmen erforderlich ist. „Dadurch wird ein falsches Bild in der Öffentlichkeit vermittelt“, empörte sich Dreier. Für die Breitbandversorgung von Andermannsdorf und Oberergoldsbach fällt die Gemeinde nämlich nicht in dieses Raster.